

Neue Umfrage: die meisten Amerikaner glauben nicht an einen Klima-, Konsens‘

geschrieben von Von Der Gwpf Und Dr. Benny Peiser | 18. August 2014

Vor einem Jahr hat Präsident Obama versucht, die Nation hinter einen großen Plan zu bringen: Man bekämpfe die Klimaänderung durch drastische Reduktion der Kohlenstoff-Verschmutzung zu Hause. Gleichzeitig trachtete er danach, andere Länder dazu zu bringen, ihm zu folgen. Ein Schlüsselpart dieser Strategie war für die USA, öffentliche Gelder nicht mehr zur Finanzierung der Konstruktion der meisten Kohlekraftwerke im Ausland zu verwenden, wird doch Kohlenstoff als einer der Hauptgründe steigender Verschmutzung in Gestalt Wärme einfangender Gase gesehen. Aber ein Jahr später ist der Impuls zum Stehen gekommen, den der Plan von Präsident Obama bringen sollte, nämlich einen globalen „Domino-Effekt“, der dazu führen sollte, dass die Finanzierung von Kohleprojekten durch öffentliche Institutionen auf der ganzen Welt abgewürgt werden sollte. – Anna Yukhananov und Valerie Volcovici, Reuters, 12 August 2014.

Im Herbst 2013 hat Gina McCarthy, Chefin der EPA, vor dem Kongress ausgesagt und die Politik der Obama-Administration bzgl. der Klimaänderung verteidigt. Diese Politik wurde in seiner zweiten Amtszeit aus politischer Berechnung durchgeführt und nicht, um diplomatische oder legislative Ziele zu erreichen. Aber trotz all der Rhetorik zu diesem Thema begrüßen nur wenige Nationen den Vorstoß des Weißen Hauses, und eine zunehmende Anzahl von Staaten tut genau das Gegenteil. Die Administration teilt die Einschätzung, dass ohne globale Beteiligung an der Reduktion von Treibhausgasen diese inkonsequent sind. Länder auf der ganzen Welt haben versucht, politische Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen zu implementieren, ohne bestehende Energiequellen als Teil des Energiemix‘ für die nationale Wirtschaft einzubeziehen, und die Folgen waren verheerend. – Andrew Powaleny, The Daily Caller, 11. August 2014.

Die Diskussion in Kalifornien über ein Zertifikate-Handelssystem könnte erst der Vorläufer eines größeren Konfliktes in der Partei in der ganzen Nation sein. Progressive Kräfte tun den Verlust dieser Regionen und mit ihnen die Klasse der weißen Arbeiter, die – wie die liberale Website Daily Kos Anfang dieses Jahres schrieb – lediglich eine Bande von Rassisten sind, mit einem Schulterzucken ab. Aber zumindest hier in Kalifornien besteht ein großer Teil der Arbeiterschaft aus Minderheiten, die zunehmend die ökonomischen Leidtragenden der Erleuchteten sind. Im Grunde hat man auf der einen Seite überwältigend Weiße, oftmals überaus wohlhabende Grüne, die alliiert sind mit mächtigen Politikern der Demokraten. Sie finden sich zusammen, um die Raffinerie zu schließen. Auf der anderen Seite finden sich die Minderheiten, viele davon Gewerkschaftsmitglieder, dessen Lebensumstände und gut bezahlte Jobs von

der Raffinerie abhängen. Viele der heutigen progressiven Kräfte sind nicht nur nach Kräften bemüht, ihre Privilegien zu schützen, sondern auch die Möglichkeiten für praktisch alle anderen zu begrenzen. – Joel Kotkin, New Geography, 4 August 2014

China tut sich schwerer als gedacht mit der Auslösung eines Schiefergasbooms wie in Nordamerika und stellt seine hochtrabenden Ziele in Frage, Erdgas zur Sauberhaltung der Luft zu verbrennen und den Ausstoß von Treibhausgasen zu kontrollieren. Unter Verweis auf die komplizierte Geologie und hohe Produktionskosten hat die chinesische Regierung ihre ambitionierten Ziele für das Jahr 2020 bzgl. der Schiefergas-Entwicklung in etwa halbiert. – Mike Orcutt, MIT Technology Review, 12 August 2014

Die Brüsseler Energiepolitik gefährdet 1,5 Millionen Arbeitsplätze in UK, indem sie die Hersteller mit hohen Energiekosten belastet. Davor hat eine einflussreiche Gruppe führender Industrieller gewarnt. In einem jüngst erschienenen Bericht von Business for Britain (BfB), einer euroskeptische Lobbygruppe, heißt es, dass die EU-Politik verantwortlich ist für eine Kostensteigerung um 9 Prozent der Energierechnungen für Unternehmen. Es wird davor gewarnt, dass bis 2030 eine Steigerung um 16 Prozent möglich ist. Die Hersteller denken bereits darüber nach, ihre Tätigkeiten in Länder auszulagern, in denen Energie billiger ist. Damit besteht das Risiko „verheerender“ Arbeitsplatzverluste in UK. – Emily Gosden, The Daily Telegraph, 13 August 2014

Link:

<http://wattsupwiththat.com/2014/08/13/newsbytes-most-americans-dont-believe-climate-consensus-new-survey/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE